



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/194 - 21.8.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-32

Fernschreiber 039 890

Gewerkschaften und CDU	S. 1
Österreich und die Sowjetunion	S. 3
Ollenhauers Versammlungsstil	S. 5
Die Parteien in Bayern	S. 7

## Einheitsschmied wider Willen

R.D. Es hat in den letzten Jahren, bei mancherlei Gelegenheit, so geschienen, und ist besonders in der regierungsfreundlichen Presse so herausgestellt worden, als sei die einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ein nur geschichtlichen Zufällen zu verdankender rissiger Block, dessen Teile jeweils nach Bedarf in Interessengegensätze aufgespalten, zu politischen Zwecken gebraucht und mißbraucht werden könnten. Wenn die Gewerkschaften dem CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler etwas zu verdanken haben, dann dies, daß er diese Zweckklüge wider Willen gründlich zerstörte. Die Essener Konferenz des DGB hat über alle weltanschaulichen und parteipolitischen Bindungen der Gewerkschaftsfunktionäre hinweg zu einem selten einmütigen Bekenntnis zur Gewerkschaftseinheit und, was noch bemerkenswerter erscheint, zu einem einheitlichen Urteil über die Ergebnisse der Bundespolitik in den vergangenen Jahren geführt. Über dieses Urteil hüllt sich die deutsche Presse weitgehend in Schweigen.

Der Wahlauftrag des DGB und die wütenden Proteste des Bundeskanzlers gegen ihn, die noch immer andauern, waren der Anlaß dieser Konferenz. Etliche "betonte" Christen hatten Konsequenzen, evtl. die Spaltung der Gewerkschaften, angedroht. Das sollte ursprünglich keine leere Drohung bleiben. Ergab aber schon die auf Veranlassung des Bundeskanzlers angestellte Untersuchung unter den christlichen Arbeitnehmern, daß nicht einmal zehn Prozent von

ihnen gewillt waren, einer Aufforderung zum Austritt aus dem DGB Folge zu leisten, so machte die Essener Konferenz vollends deutlich, daß bisher immer nur durch einige der CDU-Politik verschriebene frühere führende christliche Gewerkschafter eine künstliche Atmosphäre der drohenden Spaltung aufrecht erhalten wurde. Auch dieser restlichen Unklarheit haben nun erklärte Mitglieder der CDU und alte christliche Gewerkschafter auf dieser Konferenz ein Ende gemacht. Denn einmütig und ohne Stimmenthaltung stand die Konferenz hinter dem Wahlauftrag: Wählt einen besseren Bundestag! - den Walter Freitag, der Vorsitzende des DGB, noch mit der Forderung ergänzte: und eine demokratischere Regierung".

Diese Einmütigkeit, über politische und weltanschauliche Vorstellungen hinweg, gründete sich auf zu eindeutige Erfahrungen, die weder mit Drohung noch mit Propaganda aus der Welt zu schaffen sind. Der DGB-Vorsitzende charakterisierte einige von ihnen, z.B. die Propagandazahl der gestiegenen Beschäftigung. Sie sei kein Ausdruck sozialer Wohltat, denn es seien nur 6,8 Prozent Männer, aber um der niedrigeren Löhne willen 23,3 Prozent Frauen mehr beschäftigt worden. Es wäre besser, die Frauen seien nicht gezwungen, zum Familienunterhalt beizutragen. Er erinnerte den Kanzler an das Versprechen in seiner Regierungserklärung, die Grundindustrien in Gemeineigentum zu überführen und stellte unter Beifall der Delegierten die Frage, was der Bundeskanzler in den vier Jahren seiner Tätigkeit in dieser Hinsicht unternommen habe. Alle Gewerkschafter einte auch die selbst in der Koalition sichtbare Gefahr der Unterwanderung durch die alten Nationalsozialisten und Reaktionäre. Unter ihnen haben in der Vergangenheit letztlich alle Gewerkschafter schwerstens gelitten.

Wenn der Kanzler und Parteivorsitzende der CDU Bilanz zieht, dann muß er feststellen, daß er in diesem Wahlkampf die wichtigste Position eines demokratischen Politikers, sein soziales Prestige, verspielte, als er im Schuldbewußtsein seiner unerfüllten Versprechen gegen den DGB zum Kampf aufrief. Die Essener Konferenz hat die Proteste aus christlichem Lager als Strohfeuer entlarvt und dokumentiert, daß die Arbeitnehmer wissen: In diesem Wahlkampf geht es nicht um Weltanschauung und Christentum. Es geht für die Einen um die Verteidigung ihres Besitzes und der Positionen der politischen Macht und für die Anderen um künftige soziale Gerechtigkeit. In diesem Kampf ist der Kanzler gegen seinen Willen zum Schmied der Gewerkschaftseinheit geworden.

Das Ende des "Kurzvertrags"

O.R.-Wien, Ende August 1953

Die Daten, die mit dem österreichischen Staatsvertrag zusammenhängen, stellen eine respektable Zahl dar. Diese wird vermehrt durch den 31. August, an dem, wie die Vertreter der Westmächte dem Krenl vorschlugen, die Sonderbeauftragten in London zusammentreten sollen. In der Note an Moskau steht ein wesentlicher und bedeutsamer Satz, der da lautet: "Unter der Voraussetzung, daß dabei keine nicht zur Sache gehörenden Fragen aufgeworfen werden und daß die Sowjetregierung bereit ist, einen Vertrag für Österreich abzuschließen, der die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs sicherstellt, verpflichtet sich die britische (und mit ihr die französische und amerikanische - Anm.d.Red.) Regierung, den "Kurzvertrag" nicht zur Erörterung zu bringen".

Von Rußland wird da viel verlangt. Die bisherige Praxis der sowjetischen Vertreter bestand hauptsächlich darin, das Thema Österreich mit anderen, die damit nicht zusammenhängen, zu verquicken. Aber selbst wenn man in London endlich einmal bei der Sache bliebe und der Sowjetunion den Triumph überließe, einen Vorschlag der Westmächte wieder einmal zu Fall gebracht zu haben, einen Vorschlag, der vor eineinhalb Jahren sozusagen der letzte Ausweg war, um die Gespräche um die österreichische Frage wieder in Gang zu bringen, selbst dann ergäben sich weitgehende Folgen. Vor allem wird der Westen, von dem die Zurückziehung des Kurzvertrages als Bedingung für weitere Gespräche diktiert worden war, leicht erkennen, wie ernst es um die sowjetischen Vorschläge bestellt ist. Vorsorglichweise hat sich die Moskauer Diplomatie bereits ein zweites Gleis gesichert, das sie befahren will, wenn das Entgegenkommen des Westens zu groß sein sollte: Die letzte Note des Krenls verband das österreichische Problem mit dem deutschen, was natürlich in Wien wenig Freude bereitzte.

Der sowjetische Vorschlag wirft die Politik auf 1945 zurück. Das vierteltausend Sitzungen der Beauftragten für den österreichischen Staatsvertrag ist so gut wie umsonst gewesen. Umsonst auch die Bemühungen, anstatt eines riesigen Vertragswerkes einfach ein Räumungsprotokoll zu schaffen, denn zahlreiche Fragen, über die sich die Alliierten nicht einigen konnten, vermag ein souveränes Österreich von sich aus zu klären. Immerhin ist trotz aller Fehler und Hindernisse der öster-

österreichische Staatsvertrag weiter gediehen als die Auseinandersetzung um die deutsche Einigung.

Wenn nun die Westmächte bereit sind, den Kurzvertrag zurückzuziehen, bedeutet dies gleichzeitig die Bereitschaft, die alte Basis der Besprechungen, die sich 1947 als nicht tragfähig erwiesen hatte, wieder anzuerkennen? Diese Frage bejahen, würde einer Kapitulation vor dem Krenl gleichkommen. Die Westmächte haben sich gegen Winkelzüge gesichert, indem sie Rußland mitteilten, sie nähmen an, "daß die Sowjetregierung tatsächlich bereit sein wird, einen Österreich-Vertrag raschest abzuschließen" und daß "jede Hoffnung auf einen Österreich-Vertrag so lange aufgeschoben sei, bis andere nicht dazugehörige Bedingungen eingetroffen seien". Zu den "nicht dazugehörigen Bedingungen" gehört vor allem die von den Sowjets propagierte Wiederherstellung der deutschen Einheit. Früher trugen sie andere Namen, z.B. Triest, Neonazismus, Neomilitarismus. In Wiener politischen Kreisen erkennt man die Dringlichkeit des deutschen Problems an, bezweifelt aber den guten Willen des Krenls, den sowjetisierten deutschen Osten einfach preiszugeben. Österreich ist dieses furchtbare Schicksal erspart geblieben. Sollte es Moskau darauf ankommen, zu zeigen, wie gut es sich mit ihm verhandeln läßt, wofür in Österreich immerhin Beispiele aus den letzten Wochen vorliegen, so wäre das gevierteilte und "befreite" Land sicherlich das richtige Objekt.

Auch Österreich ist aufgefordert worden vom Krenl, auf den Kurzvertrag zu verzichten. Wie fällt diese Entscheidung aus, leichter, als ihr die Entscheidung der Westmächte voranging und weil es bei der Abfassung ebenso wenig gefragt wurde wie während der Besprechungen der vier Sonderbeauftragten. Bedeutet jedoch das Fallenlassen des Kurzvertrages eine Anerkennung des langen Entwurfes? Für Österreich kommt dies nicht in Frage. Die Lasten, die der ursprüngliche Staatsvertragsentwurf dem befreiten Lande aufbürdete, hätte 1945 und vielleicht noch 1947 eine österreichische Regierung auf sich genommen. Nach einer achtjährigen Ausplünderung ist dies unmöglich. Führende österreichische Politiker gaben in den letzten Tagen deutlich zu verstehen, daß nicht die Form, sondern der Inhalt des Staatsvertrages für seine Annahme durch Österreich entscheide. Die Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs, die in der Präambel des alten Entwurfes als Ziel bezeichnet wurde, sind mit den wirtschaftlichen Diktaten, die er enthält, nicht zu erreichen. Auch der ursprüngliche Text, der ohne Befragung Österreichs zustande kam, kann Grundlage neuerlicher Versklavung sein. Nach dem Ausscheiden des Kurzvertrages bleibt nur mehr die Revision der überholten Artikel des bisher erarbeiteten Staatsvertrag-Fragments als einzig gangbarer Weg übrig.

Erfolg der Sachlichkeit

Mit Erich Ollenhauer auf der Wahlkampfreise

-tt- Eine Zwischenbilanz der großen Rund-um-Deutschland-Wahlkampfreise Erich Ollenbauers, die vier Wochen dauert und die bisher von ungezählten Tausenden besuchte und oft überfüllte Versammlungen gebracht hat, zeigt ein Ergebnis, das gleichermaßen für den Oppositionsführer ein großer Erfolg wie ein vorzüglicher Beweis für das reife politische Denken breiterer Schichten des deutschen Volkes ist. Es soll hier nicht von Höhepunkten wie in Berlin und in München gesprochen werden, wo der SPD-Vorsitzende mit nicht endenwollendem Beifallklatschen und immer erneuten herzlichen Zurufen empfangen und verabschiedet wurde und wo sich ganz besonders deutlich erwies, daß der Nachfolger Kurt Schumachers seinen eigenständigen Platz im politischen Bewußtsein und der menschlichen Achtung des deutschen Volkes erobert hat.

Dabei zeigt sich, was niemanden, der ihn kannte, überraschen wird, daß Erich Ollenhauer die "führer"mäßige Wahlaufmachung, die das äußere Bild der Wahlreise anderer Persönlichkeiten so peinlich bestimmt, strikte ablehnt, daß er sie andererseits aber auch gar nicht nötig hat. Erich Ollenbauers Schlichtheit und Gradheit bringen ihn dem Herzen und dem menschlichen Empfinden aller Schichten des deutschen Volkes, die mit ihm in Kontakt kommen, nahe. Gleichzeitig werden aber auch ihr Verstand und ihre politische Urteilskraft nachhaltig angesprochen, weil sie spüren: Hier sagt nicht nur ein Mann klar und ohne rechnerische Kunststückchen was er denkt, sondern hier hat ein Politiker von überdurchschnittlichem Format das Wort, der seine Materie vollkommen beherrscht und eine abgerundete, festumrissene Vorstellung von den politischen Notwendigkeiten unserer Zeit besitzt.

Der Aufstieg vom Bauerssohn zum Vorsitzenden der heute, wir glauben es mit aller Gewißheit sagen zu können: größten deutschen Nachkriegspartei und Führer der westdeutschen Opposition in einem harten Leben der Arbeit und der Pflichterfüllung haben Erich Ollenhauer geformt und ihn zu der politischen Persönlichkeit von hohem Rang in der deutschen wie internationalen Politik gemacht, die er heute unbestritten darstellt. Vielleicht kann man sich hier und da unnötige Überraschungen ersparen, wenn man diese nüchternen Feststellungen beachtet

und sich danach einzurichten beginnt.

Der große Erfolg der Wahlkampfreise Erich Ollenhauers liegt aber auch in der erfreulichen Erkenntnis, daß der SPD-Vorsitzende, der seine Wahlreden in betonter und unbeirrbarer Sachlichkeit hält, gerade damit seine stärksten Erfolge erzielt. Es soll in Versammlungen anderer Parteien rechts von der Sozialdemokratie oft so sein, daß sich manche Zuhörergruppen von der Schlagwort-Propaganda eines Redners, den durch die politische Entwicklung die sorgfältig vorbereiteten Argumente zwischen den Fingern zerrannen, aufputschen lassen. Der besondere Stil der Ollenhauer-Versammlungen, der sich in den ersten vierzehn Tagen der Deutschland-Reise so überzeugend herausgebildet hat, ist die strenge Sachlichkeit in der Darstellung der Tatbestände und Zusammenhänge, der sozialdemokratischen Grundlinien der Innen-, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik sowie der gegnerischen Position, vor allem der des CDU-Chefs und Bundeskanzlers Adenauer. Der geborene Redner Erich Ollenhauer läßt diese klare Sachlichkeit seiner Darstellung aber nicht in Eintönigkeit erstarren, sondern bietet sie dem bis zur letzten Minute aufmerksamen Zuhörer mit einem Temperament und einer Leidenschaftlichkeit dar, die alle, die ihn bisher nur aus der so selten aufgegebenen kühlen Ruhe seiner Bundestagsreden kannten, zutiefst überrascht. Er läßt sich aus dieser Sachlichkeit auch dann nicht herausdrängen, wenn er, wie es in der letzten Zeit immer häufiger der Fall war, gezwungen ist, gegnerische Angriffe, auch hier vor allem die des Kanzlers, mit entsprechender Schärfe zurückzuweisen. Auch dabei behält er sich in strengster Selbstkontrolle.

Dieser Wahlkampf-Stil der leidenschaftlichen, notfalls auch scharfen, aber immer kontrollierten Sachlichkeit, wie ihn Erich Ollenhauer mit großer, oft wirklich bewundernsworter Sicherheit, entwickelt hat und durchhalten wird, ist neu in unserem politischen Leben. Er hat, wie die Versammlungen beweisen, großen Erfolg. Menschen, die arbeiten müssen und trotz ihrer Schaffensmüdigkeit in Wahlversammlungen gehen, wollen keine Phrasen und kein geistreichelndes Wortgeklänge hören, sie wollen Tatsachen und klare Schlußfolgerungen, sie wollen wissen, was ist. Dieser Forderung kommt Erich Ollenhauer, man möchte sagen in jedem Satz seiner Reden, nach.

+ + +

Die bayerische Wahlsituation

K.T.-München, 22. August

Der Wahlkampf läuft auch in Bayern auf vollen Touren. Die letzten Kandidatenlisten sind eingereicht, eine Reihe der führenden Männer der großen Parteien haben bereits in München gesprochen. Es ist kennzeichnend, daß hinsichtlich eines Wahlbündnisses von CSU und Bayernpartei in einigen Wahlkreisen noch immer Schwierigkeiten bestehen und daß bisher die angestrebte große Wahlkoalition dieser beiden Parteien sich nicht realisieren ließ. Wenn es andererseits zu einzelnen Wahlabsprachen gekommen ist, so will das nicht viel besagen, denn sie wurden immer dort wirksam, wo die SPD als ziemlich sicherer Sieger feststeht. Daß dabei auch die FDP bereit war, zusammen mit der CSU und BP eine Wahlliste zu bilden, unterstreicht nur, daß man mit allen Mitteln versucht, die Vorherrschaft der SPD zu brechen. Während der Parteivorsitzende der SPD Erich Ollenhauer die Landesliste anführt, steht Finanzminister Fritz Schäffer an der Spitze der CSU-Liste. Bei der BP ist es der Landesvorsitzende Besold und bei der FDP Bundesjustizminister Dr. Dehler, und beim BHE der jetzige Staatssekretär Oberländer, der aber gleichzeitig erklärt hat, diese Nominierung diene nur dem Zweck, möglichst viel Stimmen dem BHE zuzuführen, er selbst habe nicht die Absicht, in den neuen Bundestag zu gehen. Bei der Nationalen Sammlung führt der Bundestagsabgeordnete Haussleiter die Liste an.

Der bisherige Verlauf der Wahlversammlungen war, abgesehen von einigen Zwischenfällen, ruhig. Dagegen stimmt es bedenklich, daß in den letzten Tagen bei Kundgebungen der Sozialdemokratischen Partei "Störtrupps" auftraten, die in einem Fall durch provozierte Zwischenfälle die Versammlung sprengen konnten. Die Landesleitung der SPD in Bayern hat inzwischen der Öffentlichkeit Unterlagen bekanntgegeben, wonach feststeht, daß diese gut organisierten Störtrupps nach dem Muster der ehemaligen SA arbeiten und von einer "großen Partei", wie es in einer Erklärung des Landesvorstandes heißt, geführt werden. Es sind zum größten Teil Sowjetzonen-Flüchtlinge aus dem in der Nähe Münchens gelegenen Flüchtlingslager Freimann, die sich als Befürworter der Politik Adenauers ausgeben und die Anwendung militärischer Mittel zur Rückeroberung der Sowjetzone verlangen. Die SPD hat bekanntgegeben, daß sie in Zukunft derartige Störversuche unterbinden wird.

Interessant ist ein Vergleich der Besucherzahlen in den Wahlversammlungen. Hier führt die SPD - im großen Durchschnitt gesehen - mit Abstand vor der CSU. In einigen Landkreisen Bayerns haben Kandidaten der CSU und der SPD ein völlig neues und für den Wähler interessantes Versammlungssystem eingeführt, in dem sich die Kandidaten der beiden Parteien gemeinsam vorstellten und dann in einer wirklich sachlich geführten Diskussion die Wähler über die Ziele ihrer Parteien unterrichteten. Dieses Beispiel hat gezeigt, daß auch Wahlreden frei von jeder politischen Phrase sein können und hat bei den Zuhörern einen größeren Eindruck hinterlassen, als man sich erwartet hatte.

Was besonders in Bayern auffällt ist, daß die extremen Rechtsparteien nur wenig in Erscheinung treten und daß ihre Flugblatt-Propaganda kaum auffällt. Ihre Versammlungen sind schlecht besucht. Daß in den Wahlreden der CSU - und besonders auch der Bayernpartei-Redner zuweilen heftige und auch verleumderische Angriffe gegen die SPD führen, wundert nicht, doch muß gesagt werden, daß auch die großen Parteien in der Regel sich an die Abmachung gehalten haben, die sie vor Beginn des Wahlkampfes vorgeschlagen hatten, nämlich den Wahlkampf fair zu führen. Für Bayern steht jedenfalls fest, daß auch diesmal wieder das Kernstück der Zweikampf zwischen der SPD und der CSU ist, wobei man im allgemeinen nicht mit einer größeren Kräfteverschiebung rechnet.

Verantwortlich: Peter Raunau